



☆ Schulreform?	Seite 2
☆ Fast alle gegen Kdolsky	Seite 3
☆ Leserbrief	Seite 3
☆ Karriere mit Lehre?	Seite 4

## Die Preise steigen- Löhne, Gehälter und Pensionen stagnieren

# Teuer, Teurer, am Teuersten - aber nicht alle trifft es gleich

**Lebensmittel, Mieten, Heizkosten - jedes Jahr steigen die Preise für fast alle Dinge des täglichen Bedarfs. Es hilft wenig, wenn andere Sachen, wie Handys oder MP3-Player etwas billiger werden, man dafür aber beim täglichen Einkauf immer tiefer in die Tasche greifen muss.**

*Rosmarie Thümminger*

Innerhalb von fünf Jahren ist z.B. ein Liter Milch von ca. 9.90 S auf heute ca. 95 Cent, umgerechnet 13 Schilling, gestiegen. Ähnliches gilt für Brot, Mehl, Obst und Gemüse, aber auch für Dienstleistungen, wie Haarschneiden, Fußpflege, chemische Reinigung, Fahrschule und, nun zu Beginn des neuen Schuljahres besonders spürbar, für Schulsachen. Auch die Mieten stiegen kräftig an, laut AK von 2002 bis heute um 20 Prozent, wobei in Tirol der durchschnittliche monatliche Wohnungsaufwand um 12 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegt. Die Betriebskosten haben sich um 31 Prozent verteuert. Dies ist

vor allem dem Heizöl geschuldet, das nach Berechnungen der AK von 2003 bis letzten Winter um 80 Prozent teurer geworden ist. In diesen Monaten bricht eine weitere Teuerungswelle, die vor allen Dingen Lebensmittel betrifft, über uns herein. Die Löhne aber, die Gehälter und Pensionen stiegen trotz guter Konjunktur nur minimal.

Die logische Folge ist steigende Armut in Tirol, wie eine kürzlich veröffentlichte Studie, die von der „Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung“ im Auftrag des ÖGB erarbeitet wurde, eindrucksvoll bezeugt. So sind in Tirol bereits 14 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet – das ist die dritthöchste Armutsgefährdungsquote aller Bundesländer. Vor allem Erwerbsformen wie unregelmäßige Arbeit oder Teilzeitarbeit treiben die Menschen in die Armut: 25.000 Menschen in Tirol sind trotz Erwerbsarbeit armutsgefährdet oder arm. Arbeitslosigkeit er-



höht die Armutsgefährdung und Tirol hat die dritthöchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer. Kinder erhöhen das Armutsrisiko ebenso wie Alter, Behinderung und Pflegebedarf.

Die Studie beweist aber auch, dass in Tirol nicht nur die Armut, sondern auch der Reichtum zunimmt, und so zieht Dr. Andreas Höferl bei der Präsentation seiner Studie folgendes Resümee: „Veränderungen müssen dort einsetzen, wo es die größten Probleme gibt: Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und existenzsichernden Beschäftigungsformen bzw. Einkommen,

auch bei den Älteren; Investitionen in Bildung, in Pflegesicherung und Kinderbetreuung; Begrenzung der Lebenshaltungskosten, vor allem der Wohnkosten; Sicherung des sozialen Netzes und einer gerechteren Besteuerung von Einkommen einerseits und Vermögen andererseits.“

[www.glbtirol.info](http://www.glbtirol.info)



[glb@glbtirol.info](mailto:glb@glbtirol.info)

**KPÖ ONLINE**

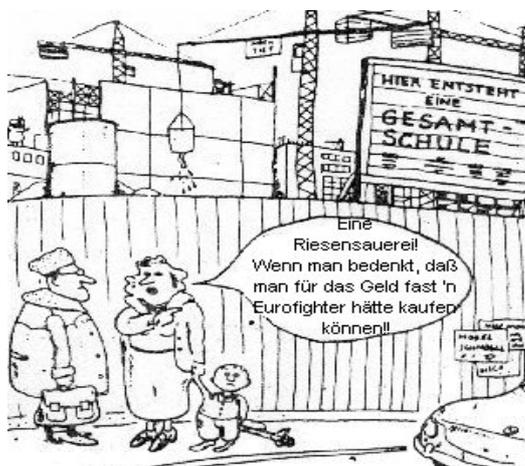
[tirol.kpoe.at](http://tirol.kpoe.at)  
[kpoe.tirol@gmx.at](mailto:kpoe.tirol@gmx.at)

**KPÖ-Zentral**

[www.kpoe.at](http://www.kpoe.at)

# Europa ist schon weiter

## Wann schafft Österreich seine Apartheid ab?



**Die Debatten der letzten Wochen zum Thema Schule verlangten starke Nerven. Als ob uns nicht schon viele Staaten Europas gezeigt hätten, dass frühzeitige Förderung und Integration notwendig ist, um benachteiligten Kindern zu einem besseren Start im Leben zu verhelfen, werden uralte Konzepte aus den Schulblättern gezogen und des langen und breiten ausgewalzt.**

*Rosmarie Thümminger*

Eine beliebte Formel heißt: Kein Zwang: Zur Ganztagschule oder zu einem verpflichtenden Vorschuljahr, wo Kinder familiär bedingte Defizite aufholen könnten. Hinter letzterer „Zwangsfreiheit“ vermuten kritische BeobachterInnen die Hoffnung, dass nicht allzu viele Eltern von dem Vorschuljahr Gebrauch machen würden. Erstens ist

das Geld knapp und zweitens braucht die Gesellschaft „Ungebildete“ für die sogenannten niederen Arbeiten. Oder sollen diese vielleicht Kinder aus der Oberschicht oder aus Akademikerfamilien machen?

Eltern wollen das Beste für ihre Kinder. Doch durch den Stress im Beruf, die allgegenwärtige Zeitknappheit, durch knappe finanzielle Ressourcen, aber auch wegen fehlender Einsicht um die Wichtigkeit frühen Lernens und ziel-

ter Förderung sind bei weitem nicht alle Eltern imstande, dieses „Beste“ umzusetzen. In der Regel gilt: Je ärmer eine Familie, desto enger ist ihr Handlungsspielraum, desto weniger Möglichkeiten hat sie, ihre Kinder zu fördern, ihnen bei den Hausaufgaben zu helfen, Nachhilfe oder zusätzliche Ausbildung, wie z.B. das Erlernen eines Musikinstrumentes, zu bezahlen. Diese Kinder sind benachteiligt und wie unsere Gesellschaft mit ihnen umgeht, indem sie, statt ihnen zu helfen, sie aussortiert und auseinanderdividiert, ist zu-

tiefst ungerecht. Ganze Bevölkerungsgruppen sind davon betroffen, wie z.B. Kinder aus Arbeiter- und Ausländerfamilien.

Es gehört schon ein gewaltiges Maß von Ignoranz dazu, zu behaupten, dass bei zehnjährigen Kindern auf Grund ihrer Begabung entschieden werde, wer für Matura und Universität oder Lehre bzw. zu keiner Berufsausbildung befähigt ist. In Wirklichkeit – und das beweist jede Statistik über die Herkunft von HauptschülerInnen, inklusive der ausländischen – spielt das Elternhaus und die dort erlernten sozialen und sprachlichen Fähigkeiten die entscheidende Rolle.

Die skandinavischen Modelle der generösen, öffentlichen Kinderbetreuung vom Krabbelalter bis zum Ende der Schulzeit zeigen, wie familiäre Benachteiligungen wettgemacht und den jungen Menschen bessere Chancen eingeräumt werden. Also: frühe Förderung durch ein verpflichtendes kostenloses Vorschuljahr mit Schwerpunkt Sprachförderung, Einführung der Gesamtschule für alle 6- bis 14-Jährigen, wobei viel mehr LehrerInnen als bisher eingestellt werden müssen, Einführung der Ganztagschule.

Damit wären die Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft nicht beseitigt. Aber ein derartiges Bildungs- und Schulsystem wäre ein Abbau jener Diskriminierung, die gerade die hilflosesten, die abhängigsten Mitglieder unserer Gesellschaft betrifft: die Kinder.

### Buchbesprechung



*Wie kann nach dem Scheitern der großen Erzählungen des 20. Jahrhunderts eine neue geschichtswirksame politische Sprache gefunden werden, durch die sich die Besonderheiten der vielen einzelnen globalisierungskritischen Kämpfe in eine kosmopolitische Sprache übersetzen ließen?*

*Die Kritik an der Globalisierung entwickelte sich an deren Grenzen, dort, wo größere Gruppen von Menschen aufhören, deren strukturelle Zwänge als Normalität hinzunehmen und in einen Konflikt eintreten. Diese Erfahrungen in den Frauen-, Ökologie-, Bürgerrechtsbewegungen, Bewegungen der Indigenen und Marginalisierten, Landlosen- und der Gewerkschaftsbewegungen artikulieren sich in einer neuen „General-sprache“ sozialer Bewegungen, die kritisch zu den vorherrschenden sozialwissenschaftlichen Konzepten steht.*

*Walter Baier liefert eine umfassende und methodisch anspruchsvolle Analyse dieses reichhaltigen und buntscheckigen*

*Diskursmaterials – unter den Topoi des Sozialismus, Feminismus, Pazifismus, Zapatismus, der Befreiungstheologie und der „Freiheit der Andersdenkenden“. Die Konfrontation mit Erfahrungen der historischen Emanzipationsbewegungen produziert dabei eine produktive „Enttäuschung“, die den Blick für eine neue Kultur emanzipatorischen Handelns frei macht und sich der Frage stellt: Worin könnte der Beitrag einer erneuerten, in der Tradition von Marx argumentierenden Linken in diesen Prozessen bestehen? Damit wird ein konstruktiver Beitrag zu einer neuen Methodologie politisch diskursiven Handelns geleistet: Wie lassen sich die Notwendigkeiten der Realpolitik mit einem Diskurs verbinden, der die Möglichkeit eines grundsätzlich anderen menschlichen Zusammenlebens behauptet?*

# Fast alle gegen Kdolsky

**Widerstand regt sich gegen die massiven Einsparungspläne im Spitalswesen auch in Tirol und Vorarlberg.**

Josef Stingl

Wenige Tage vor Beginn der Bund-Länder-Verhandlungen über die Gesundheitsfinanzierung erklärte die zuständige Ministerin Andrea Kdolsky (ÖVP) gestern, dass sie 2,9 Milliarden Euro einsparen wolle. Die Folge: ein (berechtigter) Aufschrei vom Boden- bis zum Neusiedler See.

Tirol LH-Stvin. Elisabeth Zanon hält diesen Betrag eindeutig für zu hoch gegriffen und die Vorstellung der Gesundheitsministerin „nicht realistisch“. „Auf Geld (Stichwort

Martin Rümmele

**KRANKE  
GESUNDHEIT  
MIT UNSERER  
GESUNDHEIT**



Symptome, Diagnosen  
und Nebenwirkungen  
der Gesundheitsreform

2

Finanzausgleichsverhandlungen) werde und könne man nicht verzichten.

„Umgelegt auf Vorarlberg würde die Forderung bedeuten, dass die Ausgaben von 800 Millionen Euro um 150 bis 170 Millionen Euro gesenkt werden müssten“, erklärte Vorarlbergs Gesundheits-LR Markus Wallner: „Das ist nur dann möglich, wenn man massive Einschnitte in der Versorgungsqualität vornimmt.“

Kritischer und grundsätzlicher sehen Tirols und Vorarlbergs KommunistInnen den Vorstoß Kdolskys: Sie gaukelt der Bevölkerung- wie ihre VorgängerIn Rauch-Kallat - vor, dass unser Gesundheitswesen nicht mehr finanzierbar wäre. Auch wenn man sie stän-

dig wiederholt, werden Lügen deshalb nicht wahrer.

Der Anteil der österreichischen Gesundheitsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt hat sich nach einer OECD-Studie in den letzten 20 Jahren kaum verändert. Die angebliche Kostenexplosion ist nur herbeigeredet. Sie dient als Mittel zum Zweck um den Sozialabbau weiter voran treiben und einen weiteren Privatisierungsschritte zu können.

Die Gesundheitsministerin der rotschwarzen Regierung will damit - ähnlich der „Pensionsreform“ - die **Privatisierung der Lebensrisiken**.

Hintergrund der EU-konformen Liberalisierung ist die Fi-



nanzierung. Geringe Lohn- und Gehaltserhöhungen und Arbeitslosigkeit bedeuten sinkende Beiträge.

Die Umstellung der Bemessung der Unternehmerbeiträge zur Krankenversicherung von der Lohnsumme auf die gesamte Wertschöpfung ist daher höchst dringlich.

Laut der Weltgesundheitsorganisation WHO ist Gesundheit der Zustand des „vollkommen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens“: „Gesundheit ist somit **Lebensqualität und ein Menschenrecht** und darf daher keine Frage des Geldes sein“, meinen Tirols und Vorarlbergs KommunistInnen.

## Leserbrief

*Mein Vertrauen in die ÖVP - oh Entschuldigung - die UVP (Unverbindliche oder Unverlässliche Partei) ist in der Zeit des Klimawandels wie ein Gletscher sehr stark geschmolzen, da Handversprechen einer Bürgermeisterin (Egomeisterin) offensichtlich nichts mehr zählen. Bei der Generalprobe zum Neujahrskonzert hat mir Frau BM Hilde Zach die Hand mit dem Versprechen gegeben, mich im Jänner im Heim am Hofgarten, zu besuchen. Leider hat sie dieses Versprechen noch nicht eingelöst.*

*Statt einigen sozialen Anliegen und Wünschen nachzugehen, wurde zugunsten der Zachavia oder Zachalare, wie ich die neue Hungerburgbahn liebevoll nenne, die alte Vorgängerin und eines der Wahrzeichen der Stadt Innsbruck eingestellt und abgerissen. Dafür wurden Stationshäuschen von einer Architektin und ihrem Team erbaut, die mit bruchunsicherem Glas aus China oder dem Osten versehen wurden und zwar unter dem Motto: „Scherben bringen Glück“ (wahrscheinlich nur für Hilde Zach allein). Der alte Kosenamen „Fleischkas-Hilde“ den ihr einst manche EinwohnerInnen verlie-*

*hen haben, ist längst passé, einen neuen habe ich in Anbetracht des zweimaligen Einsturzes des Tunnels auf die Hungerburg gefunden, nämlich Zwei-Loch-Hilde“.*

*Auch bei Landeshauptmannstellvertreterin und Landesrätin Dr. Elisabeth Zanon stehe ich seit Anfang Jänner in der Warteschleife nach dem Motto: „Tuttuttut-Alles-Besetzt“. Mehrere E-Mails und versuchte Kontaktaufnahmen für eine Diskussionsrunde zur Therapie und Pflege haben außer einem nichtssagenden Brief leider nichts Neues gebracht. Als Ärztin wäre sie für meine Anliegen und Forderungen an Land und Krankenkassen kompetenter als andere Politiker aus einem anderen Fach. Für nähere Anfragen zu einem etwaigen Gesinnungswandel in der ÖVP kann man mich unter der Telefonnr.: 0512/93001-3107 kontaktieren. Ein positives Beispiel hat schon GR Franz Xaver Gruber gegeben als er mich kurz im Heim am 3. August 2007 besuchte und wir einen sehr netten Gedankenaustausch hatten.*

**Helmut Nisters, Innsbruck**

**In eigener Sache**

**Liebe Leserin,  
Lieber Leser!**

*In dieser Ausgabe findest Du eine Beilage zum Tiroler Volksbegehren „fairsorgen“. Die Vorarlberger LeserInnen mögen entschuldigen, dass sie aus posttechnischen Gründen auch bei ihnen beigelegt ist.*

*Es ist eine Schande, dass in einem der reichsten Länder der Welt, Pflegebedürftige als SozialhilfeempfängerInnen abgestempelt werden. Es ist eine noch größere Schande, dass im „Heiligen Land Tirol“, nicht nur Pflegebedürftigen, Einkommen, Vermögen und Wohneigentum für den Pflegeplatz abgeknöpft, sondern auch deren Angehörige mit Regressforderungen zur Armutsgrenze nähergeführt werden!*

*Daher das Volksbegehren mit beiliegenden Formular bei der Hauptwohngemeinde unterschreiben und an uns zurücksenden.*

**Impressum:** Medieninhaber und Herausgeber: KPÖ-Tirol, Gumpstr. 36, 6020 Ibk

# Gusenbauer brüskiert Lehrstellensuchende

**Seit 1980 ist die Zahl der Lehrlinge von 200.000 auf 126.000 gesunken. Über 10.000 junge Menschen - tausend davon allein in Tirol - klagen seit Schulschluss über eine fehlende Lehrstelle.**



„Statt der Jugend mit einer gründlichen Reform der Berufsausbildung Hoffnung zu geben, wird zahlreichen Unternehmen der „Blum-Bonus“ reingeschoben und die Jugendlichen nur verhöhnt“, kommentiert Josef Stingl, Sprecher des Gewerkschaftlichen Linksblock Tirol (GLB) die aktuelle Lehrstellensituation.

Ausbildungsverpflichtung und ein Ausbildungsfonds, der von Unternehmen, die trotzdem FacharbeiterInnen konsumieren, aber auf Ausbildungsplätze verzichten, gespeist wird, ist eine jahrzehntelange

Forderung von KPÖ, GLB, Gewerkschaft, Gewerkschaftsjugend, SPÖ und SP-Jugend,... Man kann ja nicht die Firmen finanziell bestrafen, war immer das Gegenargument der Wirtschaft.

Von der Wirtschaft ist ja auch nichts anderes zu erwarten. Zu einer Verhöhnung der besonderen Art für die zahlreichen SchulabgängerInnen ohne Lehrstelle kam es aber auch bei der SPÖ-Klausur in Stadtschlaining.

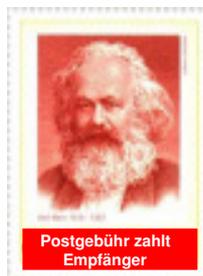
Der „Sozial“demokratische Kanzler Alfred Gusenbauer

(einst SJ-Vorsitzender und Verfechter des Ausbildungsfonds) präsentierte sich den Medien und teilte den betroffenen Jugendlichen mit, dass auch er nicht die Wirtschaft bestrafen wolle. Um dem ganzen die Krone aufzusetzen gings danach zum SP-Festl mit Spanferkel und Freibier. „Eben kein Kostverächter, und selbst nicht zu hungern und zu dursten ist ihm halt wichtiger, als ein paar tausend Jugendliche, die ohne Zukunftsperspektive dastehen“, dazu der Tiroler GLB-Sprecher zynisch.

Unglaublich klingt in diesem Kontext Tirols-SPÖ-Boss Gschwentners Landtagswahl-Ankündigung: „Die Jugend liegt uns am Herzen. Zu den Schwerpunkten im Programm zählt die Ausbildungs-garantie durch Ausbildungsverbände, kostenloses Nachholen des Hauptschulabschlusses oder die Aufwertung der Berufsschulen.“

**www.imZoom**  **info**  
Wir berichten was kommerzielle Medien oft verschweigen (Bezahlte Anzeige)

Name: .....  
 Adresse: .....  
 .....  
 PLZ, Ort: .....  
 email: .....



- regelmäßige Zusendung der KPÖ-Zeitung **TIVOLI**
- ein Gespräch mit einer/m FunktionärIn der KPÖ
- eine Probenummer der „Volksstimmen“
- eine Probenummer der GLB-Zeitung „die arbeit“

**KPÖ-Tirol**  
**Gumpstraße 36**  
**6020 Innsbruck**



**Tiroler Grundsicherungsgesetz:**

# **Regress**

(Rückzahlung + Kostenbeteiligung)

**ist Armut  
per Gesetz**

**HELFFEN statt REDEN**

**WEG DAMIT!**



**Rosmarie  
Thümingner**

Frauensprecherin der KPÖ-Tirol

*Einige Reiche werden immer reicher und die Armen werden mehr, und immer ärmer. Besonders gefährdet, in die Armut abzurutschen, sind Pensionistinnen, alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern und Familien mit mehreren Kinder. Kurz gefasst: Armut ist weiblich.*

*Das Tiroler Grundsicherungsgesetz soll die Armut lindern und hat auch zum „Vorgängergesetz“ einige Verbesserungen gebracht. Dass die Lage trotzdem ernst ist, sieht mensch darin, dass die SozialhilfebezieherInnen jährlich mehr werden.*

*Dazu kommt noch eine nicht unbeachtliche Anzahl von Frauen und Männer die zwar zu den Ärmsten der Armen gehören, sich aber aus den unterschiedlichsten Gründen scheuen um „Sozialhilfe“ anzusuchen:*

*- Da gibt es einmal jene, die ihre Armutsgefährdung ignorieren und so lange „den Kopf in den Sand stecken“, bis nichts mehr geht.*

*- Viele, gerade in kleineren Gemeinden, wo sich jede/r kennt, schämen sich vor den Bürgermeister zu treten und ihren Notstand offenbaren zu müssen. Die Angst als asoziales Subjekt abgestempelt zu werden ist groß und nicht unbegründet.*

*- Viele haben einfach nur Angst vor der Rückzahlungsverpflichtung oder der finanziellen Heranziehung ihrer nahen Angehörigen. Denn haben sie ein selbständiges Einkommen, müssen sie Teile für die Rückzahlung verwenden.*

**Nicht verwunderlich, dass es vielen kaum gelingt aus dem Teufelskreis „Armut“ auszubrechen.**

*Wir wollen aber nicht nur jammern, nicht nur reden. Wir wollen helfen und daher das Einleitungsverfahren des Volksbegehrens zur Abschaffung der Regresspflicht.*

# „fairSORGEN!“: Gegen



In Tirol sind 95.000 Menschen armutsgefährdet. Sie haben monatlich nicht einmal 900 Euro zum Leben. Ohne Sozialleistungen wären im heiligen Lande sogar doppelt so viele Menschen von Armut betroffen.

Immerhin machen bei 35.000 Tirolern die Sozialleistungen die Haupteinnahmequelle im Haushalt aus. Beim Haushaltseinkommen liegt Tirol ebenfalls im Schlussfeld. Bei der Befragung der Statistik Austria gaben die TirolerInnen im Österreich-Vergleich eine stärkere Belastung durch die Wohnkosten an.

Armut beginnt aber nicht erst im Erwachsenenalter. Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten haben von Beginn an schlechtere Vor-

**Frei nach Bert Brecht stehen in Tirol ta-  
schockt den Reichtum einiger weniger an-  
Für die breite Masse der Bevölkerung ha-  
höchsten Lebenserhaltungskosten Ös-  
„Landesroten“ ist das natürlich bekannt  
gegenseitig oder dem Bund und der EU  
den“ verlangen GLB und KPÖ und leiten**

aussetzungen, bei der Bildung, beim Wohnen, in der Arbeitswelt und bei der Gesundheit. Mittlerweile ist allen klar, so kann's nicht weitergehen.

Schlagworte wie Mindestlohn, bedarfsorientierte Grundsicherung oder bedingungsloses Grundeinkommen sind nicht mehr nur bei linken Diskutierzirkeln zu hören, son-

Maria K. (74, alleinlebend, lagenbezieher (48), 1 Sohn gerne in ein A heim ziehen, aber nicht, we nicht finanziel



*Stefanie L., aus Fritzens, Kellnerin in Innsbruck, 45 Jahre, geschieden hat 1.100 Euro Nettoeinkommen. Die Miete beträgt 400 Euro, ein Privatkredit (fürs Auto, dass sie für den Weg zur Arbeit benötigt und zur finanziellen Unterstützung ihres Sohnes bei seiner ersten Haushaltsgründung) verursacht eine Kreditrate von 200 Euro.*

*Ihre Mutter muss ins Pflegeheim. Das Land Tirol hält sich nun auch an der Tochter schadlos. 11 Prozent vom Nettoeinkommen abzüglich der Wohnkosten (die Rückzahlungspflicht für den Privatkredit bleibt unberücksichtigt), in besagtem Fall also monatlich 77 Euro.*

*Kann sie es sich nicht leisten, muss sie ihre Kreditrate reduzieren. Dadurch verlängert sich die Kreditlaufzeit und die anfallenden Zinsen natürlich ebenfalls. Die Mehrkosten muss dann auch noch sie selbst tragen. Oder, sie bezahlt die Leistung ans Land nicht, Pfändung, Gefährdung des Arbeitsplatzes, selbst Kandidatin für das Grundsicherungsgesetz wären dann die Folgen.*

*Die Armutsspirale dreht sich weiter, für die Rückzahlung ihrer Sozialhilfe ist dann ihr Sohn mitverantwortlich. Das „Spiel“ beginnt von Neu-*

dem sie gehören sozialpolitischer

„Reden ist zu w brauchen Hilf Thümingner (Fra KPÖ-Tirol) in A rischen KPÖ-M Reden“.

## Tiroler Grund- gesetz mit

Im Dezember 20 ler Grundsicheru beschlossen. „I inhaltet aber eine die Regresspflicht (Sprecher des G burg und Wien g alhilfe keine Reg

Die KPÖ und der

# die Armutsfalle Regress!

**usende Frauen und Männer und starren ge-  
: Wären wir nicht arm, wären die nicht reich.  
at Tirol das niedrigste Lohnniveau und die  
sterreichs. Den „Landesschwarzen“ und  
. Sie reden, sie streiten und schieben sich  
den Schwarzen Peter zu. „Helfen statt Re-  
das Volksbegehren „fairSORGEN“ ein.**

), Pflegestufe 4,  
Ausgleichszu-  
erin, 1 Tochter,  
(54). Sie würde  
lten- und Pflege-  
„leistet“ sich das  
eil sie ihre Kinder  
l belasten will.



a zur Tagesordnung  
Pressemeldungen

enig, die Menschen  
e“, so Rosmarie  
uensprecherin der  
anlehnung des stei-  
ottos „Helfen statt

## ndsicherungs- Armutsfallen

05 wurde das Tiro-  
ngsgesetz (TGSG)  
Dieses Gesetz be-  
e große Armutsfalle,  
ht“, so Josef Stingl  
(LB-Tirol). In Salz-  
gibt es bei der Sozi-  
regresspflicht.

Gewerkschaftliche

Linksblock nehmen die Regresspflicht im TGSG aufs Korn: Die „Kostenrückzahlungsverpflichtung (§10)“ bzw. „Kostenbeteiligungsverpflichtung Verwandter ersten Grades (§11)“ bei der „Hilfe in besonderen Lebenslagen (§ 7)“, insbesondere bei der Hilfe für alte Menschen und pflegebedürftigen Personen schreckt viele ab sich einen notwendigen, menschenwürdigen Alterswohn- bzw. Pflegeplatz mit gut ausgebildeten Pflegepersonal zu „leisten“.

Sie wollen wegen ihrer Ansprüche nicht auch noch ihre Kinder bzw. PartnerIn in die Armut zerren.

*Franz S. (54): Da die Firma, in der er arbeitete, in Konkurs ging, ist er seit zwei Jahren arbeitslos. Auf seine zahlreichen Bewerbungen hörte er jedes Mal „zu alt“, für die Pension gilt er zu jung. Um die Wohnkosten bezahlen zu können und nicht gemeinsam mit seiner Familie delogiert zu werden bezieht er Sozialhilfe.*

*Unerwarteterweise findet er einen Arbeitsplatz, die Sozialhilfe muss er jetzt in Raten zurückbezahlen. Es sind aber auch andere offene Forderungen angefallen, die er jetzt begleichen soll. Trotz Arbeit geht es sich nicht aus: Lohnpfändung, Kündigung und das „Spiel“ beginnt von vorne.*

**„Helfen statt Reden!“  
Daher Volksbegehren  
„fairSORGEN!“**

Die Regresspflicht muss fallen! Was in Wien oder Salzburg möglich ist, muss auch in Tirol möglich sein,

nämlich der Verzicht des Landes darauf, Geld von GrundsicherungsbezieherInnen oder deren Eltern, PartnerInnen und Kindern zurückzufordern. Daher die gemeinsame Initiative, die natürlich auch für weitere PartnerInnen offen steht: Das Einleitungsverfahren für ein Tiroler Volksbegehren mit dem Titel „fairSORGEN!“ zur Streichung der Regresspflicht für Leistungen aus dem Tiroler Grundsicherungsgesetz.

## 750 Unterschriften notwendig

„Das Sammeln von 750 - von BürgermeisterInnen - beglaubigter Unterschriften, die zur erfolgreichen Einleitung des Landesvolks-

*Heinz W. (87), seit 7 Jahren in einem Innsbrucker Pflegeheim. Als er jünger war, war er sportlich aktiv (Bergtouren, Schifahren,..) jetzt ist er ans Pflegebett gebunden, das schafft ihm psychische Probleme. Eine zusätzliche seelische Belastung ist der Kostenbeitrag den seine Kinder tragen müssen. Bei jedem Besuch hören sie: „Könnt' ich doch sterben damit ich euch nicht weiter zu Last falle.“*

begehrens notwendig sind, ist sicher kein Leichtes. Wir sind aber davon überzeugt, dies mit Hilfe der zahlreich Betroffenen zu schaffen und so zumindest in nächster Zeit eine Armutsfalle weniger zu haben“, meinen RosmarieThümingner und Josef Stingl.

Das umseitige Unterstützungsfeld ausschneiden, ausfüllen, zum Gemeindeamt gehen, vor dem/r BeamtIn im Meldeamt unterschreiben und an:

„fairSORGEN!“, Gumpstraße 36, Postfach 816, 6023 Innsbruck, zurücksenden.

Zusätzlich benötigte Formulare einfach kopieren oder unter gleicher Adresse anfordern.

Sie können auch im Internet „www.glbtirol.info/fairsorgen/formular.pdf“ downgeloadet werden.

*m@il an LH  
Herwig van Staa*



**Josef  
Stingl**

**Gewerkschaftlicher Linksblock**

*Ich zahle Steuern, du zahlst Steuern, wir alle zahlen Steuern. Der Name sagt es schon, sie dienen dazu, gesellschaftlich steuern zu können und den Menschen bestimmte infrastrukturelle, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeiten zu sichern. Die Aufgabengebiete dazu sind unterschiedlich an Bund, Länder und Gemeinden vergeben.*

*Beispiel „Soziale Wohlfahrt“, in Österreich Ländersache: Sie soll Menschen die in eine Notlage geraten sind, bzw. pflegebedürftig sind und daher einen Pflegeplatz in einem Alten-Wohnheim brauchen, ein soziales Auffangnetz sichern. Das Tiroler Grundsicherungsgesetz ist in unserem Bundesland die Grundlage dafür.*

*So weit, so gut, nur in diesem Gesetz ist eine riesige Armutsfalle versteckt!*

*Das heißt, dass bei „Beendigung des Notstandes“, z.B. beim Antritt eines neuen Arbeitsplatzes, die finanzielle Hilfe hundertprozentig zurückbezahlt werden muss.*

*Mehr noch, davon betroffen ist nicht nur die SozialhilfebezieherIn, sondern auch seine/ihre Kinder, Eltern und PartnerIn. Bei deren Nettoeinkommen werden die Wohnkosten (Miete bzw. Eigentumsdarlehen) abgezogen und vom „Resteinkommen“ müssen sie 11 Prozent für die Abdeckung der „Sozialleistung“ ihres/r Angehörigen berappen.*

*In den Ländern Salzburg und Wien gibt es im Gegensatz zu Tirol keine Regresspflicht.*

*Ich bin der Meinung, was sich Salzburg oder Wien „leisten“ kann, muss auch in Tirol möglich sein. Abgesehen davon, wie eingangs erwähnt, zahlen wir dafür ja unsere Steuern.*

Gemeinde: .....

Pol. Bezirk: .....

Fortl. Nr. ....

## Unterstützungserklärung

(nach § 4 des Gesetzes über Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen LGBl. Nr. 56/1990)

Die/Der Gefertigte ....., geb. am .....,  
(Vor- und Zuname)

wohnhaft in .....,  
(Gemeinde, Straße/Gasse/Platz, Hausnummer)

unterstützt hiermit den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens

### **„fairSORGEN!“**

***Streichung der Rückzahlungsverpflichtung und der Kostenbeteiligungsverpflichtung  
für Eltern, PartnerIn und Kinder aus dem Tiroler Grundsicherungsgesetz (TGSG)***

.....

....., am ..... 200..

.....  
(Eigenhändige Unterschrift mit Vor- und Zuname)

Raum für die allfällige gerichtliche oder  
notarielle Beglaubigung der obigen Unterschrift

## Stimmrechtsbestätigung

Die/Der Bürgermeister/in der Gemeinde ....., pol. Bezirk  
....., bestätigt hiermit, dass der/die Obengenannte am Tag der Abgabe der Unter-  
stützungserklärung zum Landtag wahlberechtigt war.

Die eigenhändige Unterschrift wurde\*  vor der Behörde geleistet/ gerichtlich beglaubigt/ notariell  
beglaubigt.

....., am ..... 200..



\* Zutreffendes ankreuzen!

(Zurücksenden an: „fairSORGEN“, Gumpstraße 36, Postfach 816, 6023 Innsbruck)